Zweck: Erwerb von Grundstücken in Berlin und dessen Umgebungen, insbes. desjenigen in Moabit belegenen Grundstückes, auf welchem sich das Borsigsche Eisenwerk befand, sowie benachbarter Grundstücke, Verwertung u. Ausnutzung derselben in jeder Art. Die Ges. erwarb im Okt. 1899 das Borsigsche Terrain von zus. ca. 140 457 qm für M. 6 561 650 u. im April 1900 ein angrenzendes dem Grafen Guido Henckel Fürst von Donnersmarck gehöriges Grundstück von 6937 qm für M. 389 915. Die Ges. verfügte mithin über Terrains in einer Gesamtfläche von 147 394 qm. für die sich die Erwerbskosten unter Berücksichtigung der Gerichts- u. Notariatsgebühren, des Kaufstempels und Steuern auf insges. M. 7 064 722.91 stellten. Der Bebauungsplan hat 1903 die landesherrl. Genehm. gefunden. Danach werden 7 Häuserblocks mit zus. 3235 m Strassenfront u. zus. 110 Baustellen gebildet. Nach Abgabe des zu Strassenzwecken dienenden Landes und nach Abzug des Terrains für Vorgärten blieb ein Nettobauland von 106 537 qm (7510.85 qR.) übrig, dessen Verwertung nach dem Bebauungsplan keinerlei Baubeschränkung unterlag. Für den Bau eines Gymnasiums und einer Gemeinde-Doppelschule wurden der Stadt Berlin 9104 qm überlassen. Nach Abzug dieser Fläche verblieben der Ges. noch 6869.02 qR. Nettobauland, deren Erwerbspreis sich unter Berücksichtigung der auf M. 1 511 400 veranschlagten Strassenkosten auf M. 8 030 123 stellte, d. h. auf M. 82.42 pro qm oder auf M. 1170 pro qR. Hiervon sind 1902/03—1907/08 2163.06, 839.24, 1190.86, 609.25, 1080, 887.49 qR. zus. 6769.90 qR. für zus. M. 11 516 315 (pro qR. ca. M. 1701) verkauft, so dass 1.7. 1908 99.12 qR. netto verblieben sind. Im Geschäftsjahr 1908/09 wurden die restl. Parzellen von 99.12 qR. für M. 155 000 verkauft. Die Terrains wurden begrenzt nördlich vom kleinen Tiergarten, südlich von der Spree, westlich von der Levetzowstr. u. östlich von dem Borsigschen Villengrundstück. Aufgelassen von dem 1902/1903—1908/09 verkauften Terrain waren Ende Juni 1909 6869 qR., dieselben sind mit M. 3 372 370 Gewinn zur Verrechnung gelangt. In der a.o. G.-V. v. 20./12. 1909 teilte die Verwalt. mit, dass mit Rücksicht darauf, dass die Liquidation des Unternehmens in der Hauptsache beendet sei, und eine weitere Tätigkeit der Verwaltungsorgane höchstens für die Erledigung der noch schwebenden Prozesse u. Differenzen in Frage käme, beschlossen worden sei, die restlichen Aktiven der Ges. der Deutschen Treuhand-Ges. in Berlin zur Verwaltung u. Verteilung nach Massgabe der fortschreitenden Abwicklung der Geschäfte zu übertragen. Die wegen der Regulierung des Bundesratsufers schwebenden Prozesse mit einem Adjazenten und der Stadtverwaltung dürften noch einige Jahre dauern, da eine Einigung der Interessenten ausgeschlossen erscheine. Durch die Übergabe des Aktivums der Ges. an die Deutsche Treuhand-Ges. würden die Verwaltungskosten auf ein Minimum reduziert. Nach diesem Abkommen erhält die Deutsche Treuhand-Ges. für die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens neben den entstehenden Auslagen den einmaligen Betrag von M. 6000, sowie eine Provision von M. 600 pro Jahr. Die eingehenden Beträge aus den fällig werdenden Rest-Hypoth. sind bis auf einen Betrag von M. 50 000, der als Disp.-F. dienen soll, in mündelsicheren Papieren anzulegen. Die G.-V. v. 20./12. 1909 genehmigte den Antrag auf Übertragung des Restvermögens der Ges. auf die Deutsche Treuhand-Ges. Die Restquote gelangt nach Beendigung der Prozesse durch die Deutsche Treuhand-Ges. an die Aktionäre gegen Rückgabe der Aktien zur Ausschüttung.

Kapital: Urspr. M. 7 000 000 in 3500 Aktien à M. 2000. Ab 15./10. 1904 1. Rückzahl.-Quote von 10% = M. 200 pro Aktie. Um das Brachliegen der zum weiteren Geschäftsbetriebe nicht erforderlichen Barmittel während der Dauer des Sperrjahres zu vermeiden, hat die Ges. mit der Deutschen Treuhand-Ges. ein Abkommen getroffen, demzufolge diese von der Neu-Bellevue-Akt.-Ges. am 11./1. 1905 einen am 1./11. 1905 rückzahlbaren zinslosen Vorschuss von M. 2 800 000 erhielt und sich dagegen verpflichtete, den Aktionären letzterer Ges. v. 11./1. 1905 ab einen Betrag von M. 800 (abzügl. Stempel u. Provis. M. 797) pro Aktie gegen Abtretung eines gleichen Betrages der nach dem 1./11. 1905 zur Ausschüttung gelangenden Liquidationsrate zur Verf. zu stellen, so dass einschl. der bereits zurückgezahlten M. 200 u. der ab 2./11. 1905 u. der ab 2./4. 1906 bzw. 5./7. 1906 bzw. 2./2. u. 2./9. 1907 zur Rückzahl. gelangten weiteren je M. 200 (je 10%) insges. M. 2000 gleich 100% = M. 7 000 000 auf die Aktien zur Auszahlung gelangt sind. Weitere je 10% = je M. 200 gelangten ab 27./1. u. 1./5. 1908 zur Auszahlung, dann ab 10./12. 1908 die zehnte Liquidationsrate von 8% = M. 160, ab 10./2. 1909 die elfte Rate mit 7% = M. 140, ab 15./4. 1909 die zwölfte Rate mit 5% = M. 100; auf jede Aktie dürften höchstens noch M. 100 entfallen. Zusammen sind also M. 9 800 000 = 140% des A.-K. zur Ausschüttung gelangt.

Geschäftsjahr: 1. Juli bis 30. Juni. **Gen.-Vers.:** Im I. Geschäftshalbj. **Stimmrecht:** 1 Aktie = 1 St. **Gewinn-Verteilung:** 5% zum R.-F. bis 10% des A.-K. erreicht, vom verbleib. Überschuss wird diejenige Summe zur gleichanteiligen Amortisation der Aktien verwendet, welche der Ges. bar zur Verfügung steht und zum weiteren Geschäftsbetriebe oder zur Bildung von Spec.-Reserven oder Vortrag auf neue Rechnung nicht erforderlich ist. Spätestens sobald aus den zur Verteilung gelangenden Reingewinnen die Aktien bis auf je M. 1000 amortisiert sind, tritt die Ges. in Liquidation. Die Liquidationsmasse mit Einschluss der etwaigen Reserven und des vorgetragenen Reingewinnes wird gleichmässig unter die Aktionäre verteilt, bis dieselben den Nennbetrag ihrer Aktien erhalten haben, von dem Überschuss der Masse erhalten: a) der A.-R. 5% (dieser Gewinnanteil wird unter sämtliche Personen, die dem A.-R. seit Gründung der Ges. angehört haben, nach Verhältnis der Zeit ihrer Funktion verteilt, wobei dem Vors. ein doppelter Kopfteil zukommt), b) die Aktionäre den Rest.